

Leistungsbeschreibung Fachberatung Kindertagespflege-Regionen Nord, Ost, West und Süd im Kreis Segeberg

Impressum:

Fachdienst: 51.10

Stand: 06/2026

Inhalt

1. Art und Umfang der Leistung	5
2. Ausführungszeitraum	7
3. Inhalt der Leistung / Vertragsbedingungen	7

1. Art und Umfang der Leistung

Der Kreis Segeberg hat beschlossen, dass die Wahrnehmung von Aufgaben zur Förderung der Kindertagespflege und die Mitwirkung bei der Erteilung einer Erlaubnis zur Kindertagespflege für vier Regionen des Kreisgebiets für einen Zeitraum vom 01.01.2027 bis 31.12.2028 weiterhin an freie Träger der freien Jugendhilfe vergeben wird.

Die Gesamtverantwortung des Kreises Segeberg als örtlich zuständiger Jugendhilfeträger bleibt davon unberührt. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Finanzierung der Leistungen aus diesem Vertrag ausschließlich zu Lasten des Kreises erfolgt im gemeinsamen Interesse der Vertragspartner zur Verbesserung der regionalen Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten.

Im Kreis Segeberg sind aktuell vier Fachberatungen in unterschiedlichen Regionen tätig. Für alle vier Regionen sind die Tätigkeiten der Fachberatung ab dem 01.01.2027 neu zu vergeben.

Die Leistung wird in den folgenden vier Losen vergeben:

Los 1: Region Nord

Die Region Nord besteht aus der Stadt Bad Bramstedt, dem Amt Bad Bramstedt-Land, dem Amt Boostedt-Rickling und dem Amt Bornhöved.

Am 01.03.2026 wurden in der Kindertagespflege insgesamt 130 Kinder in der Region betreut und gefördert.

Am 01.03.2026 waren in der Region insgesamt 30 Kindertagespflegepersonen und 3 Vertretungskräfte tätig.

Los 2: Region Ost

Die Region Ost besteht aus der Stadt Bad Segeberg, der Stadt Wahlstedt, dem Amt Trave-Land und dem Amt Leezen.

Am 01.03.2026 wurden in der Kindertagespflege insgesamt 215 Kinder in der Region betreut und gefördert.

Am 01.03.2026 waren in der Region insgesamt 50 Kindertagespflegepersonen und 3 Vertretungskräfte tätig.

Los 3: Region West

Die Region West besteht aus der Stadt Kaltenkirchen, dem Amt Auenland-Südholstein und dem Amt Kisdorf.

Am 01.03.2026 wurden in der Kindertagespflege insgesamt 119 Kinder in der Region betreut und gefördert.

Am 01.03.2026 waren in der Region insgesamt 28 Kindertagespflegepersonen und 6 Vertretungskräfte tätig.

Los 4: Region Süd

Die Region Süd besteht aus der Gemeinde Henstedt-Ulzburg, der Gemeinde Ellerau und dem Amt Itzstedt.

Am 01.03.2026 wurden in der Kindertagespflege insgesamt 104 Kinder in der Region betreut und gefördert.

Am 01.03.2026 waren in der Region insgesamt 25 Kindertagespflegepersonen und 2 Vertretungskräfte tätig.

Die Grundlage für die finanzielle Förderung der freien Träger ist mit Beschluss des Kreistages festgelegt worden.

Als Kalkulationsgrundlage für die Ausschreibungssummen des Jahres 2027 wurden folgende Kriterien der einzelnen Regionen gewichtet:

- die Anzahl der Kindertagespflegepersonen einschließlich derer Vertretungskräfte zum Stichtag 01.03.2026 mit einer Gewichtung von 70 %
- die Anzahl der betreuten Kinder zum Stichtag 01.03.2026 mit einer Gewichtung von 30 %

Für die Ausschreibungssumme des Jahres 2028 wird auf die Ausschreibungssumme der einzelnen Regionen des Vorjahres eine Preissteigerung in Höhe von 2,8 % hinzugerechnet.

Die freien Träger erhalten zur Finanzierung der ihnen übertragenen Aufgaben somit folgendes Budget:

Los 1 - Region Nord:	2027	-	46.425,47 €
	2028	-	47.725,39 €
Los 2 - Region Ost:	2027	-	75.236,71 €
	2028	-	77.343,33 €
Los 3 - Region West:	2027	-	46.210,01 €
	2028	-	47.503,89 €
Los 4 - Region Süd:	2027	-	37.727,81 €
	2028	-	38.784,19 €

2. Ausführungszeitraum

Der/die erfolgreiche(n) Anbieter schließt/schließen mit dem Kreis Segeberg Verträge für die Zeit vom 01.01.2027 bis zum 31.12.2028 ab.

3. Inhalt der Leistung / Vertragsbedingungen

3.01 Aufgabenübertragung

Der Kreis Segeberg überträgt dem freien Träger nach Maßgabe dieses Vertrages die Aufgabe der Kindertagespflege nach § 22 ff. SGB VIII, § 2 KiTaG SH für die jeweilige Region des bezuschlagten Loses. Den einzelnen Losen sind dabei die folgenden Regionen zugeordnet:

- Los 1 - Region Nord: Bereiche der Stadt Bad Bramstedt sowie der Ämter Bad Bramstedt-Land, Boostedt-Rickling und Bornhöved
- Los 2 – Region Ost: Bereiche der Stadt Bad Segeberg, der Stadt Wahlstedt sowie der Ämter Trave-Land und Leezen
- Los 3 – Region West: Bereiche der Stadt Kaltenkirchen sowie der Ämter Auenland Südholstein und Kisdorf
- Los 4 – Region Süd: Bereiche der Gemeinde Henstedt-Ulzburg, der Gemeinde Ellerau und des Amtes Itzstedt

Im genannten Gebiet übernimmt der freie Träger folgende Aufgaben:

- die Vermittlung von Kindern zu anerkannten und geeigneten Kindertagespflegepersonen auf Wunsch und Nachfrage der Eltern,
- die Prüfung und Feststellung der Eignung von Kindertagespflegepersonen und deren kindgerechten Räumlichkeiten gegenüber dem Kreis,
- Feststellung der Eignung von an den tätigkeitsvorbereitenden Qualifizierungskursen zur Kindertagespflege interessierten Personen,
- Beratung von Teilnehmer*innen an tätigkeitsvorbereitenden Qualifizierungskursen zur Kindertagespflege in Bezug auf die zukünftige Errichtung Ihrer Kindertagespflegestelle und Antragstellung einer Erlaubnis zur Kindertagespflege,
- die fachliche Beratung und Begleitung von Kindertagespflegepersonen in allen pädagogischen Fragen,
- die Beratung von Eltern in pädagogischen Angelegenheiten der Kindertagespflege,
- Prüfung und Feststellung der Eignung von Vertretungskräften, die in der Kindertagespflege tätig sein werden,

- die Erweiterung der Fachkompetenz der Kindertagespflegepersonen durch Weiterbildungen,
- Förderung des Austausches und der Reflexion der Praxis der Kindertagespflegepersonen und Vertretungskräfte untereinander (u.a. Durchführung sogenannter „Tagespflege-Treffs“ mehrfach pro Jahr),
- Mitwirkung bei der Organisation von Netzwerkstrukturen (z.B. der Kindertagespflegepersonen und Vertretungskräfte untereinander, Vernetzung mit Kindertageseinrichtungen etc.).

Die Erteilung einer Erlaubnis zur Kindertagespflege bzw. deren Entzug oder Versagung sowie einer Erlaubnis zur Vertretung in der Kindertagespflege verbleibt gemäß 3.03 Abs. 2 dieser Leistungsbeschreibung als behördliche Aufgabe beim Kreis Segeberg.

Alle Interessierten können nach Maßgabe der folgenden Vereinbarungen die Leistungen des freien Trägers in Anspruch nehmen, soweit sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in dem unter Absatz 1 beschriebenen Gebiet haben.

Im Interesse der Ausübung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern nach § 5 SGB VIII trägt der freie Träger dafür Sorge, dass ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot vorgehalten wird und die bestehende Angebotsvielfalt hinsichtlich Betreuungszeiten und Erziehungsvorstellungen erhalten und weiterentwickelt wird.

Stellt der Kreis Segeberg dem freien Träger für die Ausübung seiner Tätigkeit Vorlagen zur Verfügung, sind diese zu nutzen.

Diese Vorlagen können unter folgendem Link eingesehen werden:

<https://cloud.segeberg.de/s/8ScANJR4CiwGqFS>

3.02 Ziele

Durch die Aufgabenübertragung an den freien Träger soll durch eine ortsnahe und niederschwellige fachliche Beratung und Begleitung eine leistungsfähige Infrastruktur der Kindertagespflege geschaffen und gesichert werden.

Der freie Träger berät alle Interessierten in allen pädagogischen Fragen der Kindertagespflege ohne Einschränkung aufgrund deren Weltanschauung, Religion oder Nationalität. Dazu stellt der freie Träger ein ausreichendes und geeignetes Beratungsangebot durch Fachkräfte sicher, die im Interesse der Nutzer den Geboten der Neutralität, Objektivität und Fachlichkeit verpflichtet sind.

Durch eine enge fachliche Beratung und Begleitung sowie die Vernetzung der Kindertagespflegepersonen untereinander soll insbesondere erreicht werden, dass bereits

tätige Kindertagespflegepersonen ihre berufliche Zukunft auch weiterhin in der Kindertagespflege sehen.

Durch Schulungen und Fortbildungen soll die Qualität der Kindertagespflegepersonen und der Vertretungskräfte optimiert werden.

Des Weiteren sollen weitere Personen für die Kindertagespflege gewonnen werden, insbesondere für den Bereich der Vertretung, um eine verlässliche Vertretung in der Kindertagespflege zu gewährleisten.

3.03 Anerkennung von Kindertagespflegepersonen / Erteilung einer Erlaubnis zur Kindertagespflege nach § 43 SGB VIII

Für die Betreuung von Kindern im Rahmen von Kindertagespflege haben Kindertagespflegepersonen einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis zur Kindertagespflege nach § 43 SGB VIII zu stellen. Der freie Träger prüft nach Antragstellung anhand der Kriterien über die Feststellung der Eignung einer Kindertagespflegeperson des Kreises und der Sicherheitsempfehlungen des Kreises Segeberg, ob eine Person i.S. des § 23 Abs. 1 und 3 SGB VIII geeignet ist und über kindgerechte Räume verfügt.

Soweit die Kindertagespflege nicht im Haushalt der Kindertagespflegeperson oder in anderen geeigneten Räumen, sondern im Haushalt der Erziehungsberechtigten durchgeführt werden soll, entfällt die Prüfung der kindgerechten Räume.

Die Stellungnahme des freien Trägers, ob die Ausstellung der Erlaubnis zur Kindertagespflege empfohlen wird, ist dem Kreis Segeberg in der Regel bis zu drei Wochen vor dem geplanten Betreuungsbeginn, der Änderung oder Verlängerung der Erlaubnis vorzulegen. Der Kreis Segeberg entscheidet über die Erteilung der Erlaubnis bzw. deren Entzug oder Versagung nach § 43 SGB VIII und stellt entsprechende Bescheide in eigener Verantwortung gegenüber den Kindertagespflegepersonen aus. Der freie Träger erhält die entscheidungsrelevanten Unterlagen des Kreises zur Kenntnis.

Der freie Träger informiert den Kreis Segeberg unverzüglich schriftlich, wenn ihm nach erteilter Erlaubnis Gründe bekannt werden, die die Eignung einer Kindertagespflegeperson unter Bezugnahme der Kriterien über die Feststellung der Eignung einer Kindertagespflegeperson des Kreises in Frage stellen.

3.04 Vertretung in der Kindertagespflege

Der Kreis Segeberg hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass bei Ausfall einer Kindertagespflegeperson stets und rechtzeitig eine andere Betreuungsmöglich-

keit für das Kind zur Verfügung steht (§ 48 KiTaG SH). Hierfür hat er ein Vertretungsmodell entwickelt (s. Anlage 1 der Satzung des Kreises Segeberg zur Förderung von Kindern in Kindertagespflege nach § 22 bis § 24 SGB VIII). Im Rahmen dieses Vertretungsmodells haben selbständig tätige Kindertagespflegepersonen aus dem Zuständigkeitsbereich des Kreises die Möglichkeit, ihre Vertretung selbst zu organisieren.

Die zu vertretende Kindertagespflegeperson und die vertretende Kindertagespflegeperson oder Person die als Vertretungskraft tätig werden möchte, erklären dem Kreis Segeberg ihre Teilnahme am Vertretungsmodell durch ein schlüssiges Konzept. Der freie Träger teilt dem Kreis Segeberg in einer Stellungnahme mit, ob aufgrund des Konzeptes aus seiner Sicht eine verlässliche Vertretung sichergestellt werden kann.

Organisiert eine Kindertagespflegeperson ihre Vertretung nach Abs. 1 + 2 nicht selbst, sucht der freie Träger im Einzelfall auf Wunsch der Eltern eine Kindertagespflegeperson aus ihrem Zuständigkeitsbereich, die für die Vertretungstätigkeit zur Verfügung steht.

3.05 Anerkennung von Vertretungskräften in der Kindertagespflege / Erteilung einer Vertretungserlaubnis

Vertretungskräfte in der Kindertagespflege müssen über keine Qualifikation als Kindertagespflegeperson verfügen. Die Eignung ist daher abweichend von 3.03 zu prüfen.

Interessierte Vertretungskräfte stellen einen Antrag auf Erteilung einer Vertretungserlaubnis. Der freie Träger prüft nach Antragstellung, ob die Personen durch ihre Persönlichkeit, Sachkompetenz und Kooperationsbereitschaft als Vertretungskraft geeignet sind und eine verlässliche und kurzfristige Vertretung sicherstellen können. Soll die Vertretungstätigkeit im Haushalt der Vertretungskraft stattfinden, prüft der freie Träger anhand der Sicherheitsempfehlungen des Kreises zusätzlich, ob die Person über kindgerechte Räume verfügt.

Die Stellungnahme des freien Trägers, ob die Ausstellung der Erlaubnis zur Kindertagespflege empfohlen wird, ist dem Kreis Segeberg in der Regel bis zu drei Wochen vor der geplanten Vertretungstätigkeit, Änderung oder Verlängerung der Erlaubnis vorzulegen. Der Kreis Segeberg entscheidet über die Erteilung der Vertretungserlaubnis bzw. deren Entzug oder Versagung und stellt entsprechende Bescheide in eigener

Verantwortung gegenüber der Vertretungskraft aus. Der freie Träger erhält die entscheidungsrelevanten Unterlagen des Kreises zur Kenntnis.

Der freie Träger informiert den Kreis Segeberg unverzüglich schriftlich, wenn ihm nach erteilter Erlaubnis Gründe bekannt werden, die die Eignung einer Vertretungskraft in Frage stellen.

3.06 Beratung und Begleitung bestehender Kindertagespflegepersonen und Vertretungskräfte

Der freie Träger

- unterstützt die Kindertagespflegepersonen und Vertretungskräfte bei der Umsetzung der Vereinbarung zur Sicherung des Schutzauftrages nach § 8a Abs. 5 SGB VIII,
- führt bei jeder Kindertagespflegeperson und Vertretungskraft jährlich einen Hausbesuch bzw. ein Reflexionsgespräch durch,
- führt nach Bedarf bzw. bei besonderem Anlass weitere Hausbesuche bzw. Gespräche durch,
- trifft mit Kindertagespflegepersonen und Vertretungskräften im Einzelfall pädagogische Vereinbarungen,
- führt mehrfach im Jahr sogenannte „Tagespflegetreffs“ durch,
- kontrolliert die Vorlage der aus der Erlaubnis erforderlichen Nachweise und die Erfüllung der in der Erlaubnis erteilten Auflagen,
- führt zweimal jährlich Austauschtreffen zum Thema Kinderschutz mit den Kindertagespflegepersonen unter Beteiligung einer geeigneten Stelle (z. B. Kinderschutzbund) durch,
- stellt der Kindertagespflegeperson bzw. Vertretungskraft alle 5 Jahre eine Bestätigung zur Beantragung eines behördlichen erweiterten Führungszeugnisses aus,
- berät die Kindertagespflegepersonen und Vertretungskräfte in Fragen des Vertretungsmodells,
- berät und begleitet die Kindertagespflegepersonen bei der Erstellung von pädagogischen Konzeptionen und Gewaltschutzkonzepten, deren Verpflichtung der Kreis derzeit plant. Die Verantwortung trägt der Kreis und gibt die inhaltlichen Vorgaben vor. Über den genauen Zeitplan dieser Einführung wird der Kreis rechtzeitig informieren.

3.07 Überprüfung von anrechenbaren Betreuungsflächen der Kindertagespflegestellen

Die Einstufung der Sachaufwandspauschale einer Kindertagespflegeperson ist abhängig von der anrechenbaren Betreuungsfläche gem. § 47 KiTaG SH.

Der freie Träger prüft bei der räumlichen Abnahme einer Kindertagespflegestelle nach 3.03 und auf Antrag einer Kindertagespflegeperson die Kriterien für die Einstufung der Sachaufwandspauschale und teilt dem Kreis Segeberg das Ergebnis mit. Zur Prüfung kann er sich aussagekräftige Grundrisse vorlegen lassen.

3.08 Vermittlung

Der freie Träger vermittelt Kinder auf Wunsch und Nachfrage der Eltern und, wenn die Kindertagespflegeperson die Vermittlung nicht selbst übernimmt, zu einer anerkannten und geeigneten Kindertagespflegeperson mit einer gültigen Erlaubnis nach § 43 SGB VIII. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die in der Erlaubnis der Kindertagespflegeperson festgelegte max. Anzahl betreuter Kinder nicht überschritten wird.

3.09 Kindeswohlgefährdung

Der freie Träger unterrichtet den Kreis Segeberg unverzüglich, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass das Wohl des Kindes oder Jugendlichen in der Kindertagespflegestelle gefährdet ist und die Kindertagespflegeperson oder Vertretungskraft nicht bereit oder in der Lage ist, die Gefährdung abzuwenden (§ 43 Abs. 3 SGB VIII).

Jede Meldung (schriftlich, mündlich, telefonisch, anonym), die Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung enthält, ist schriftlich aufzunehmen und an den Kreis Segeberg weiterzuleiten.

3.10 Nutzung des Verwaltungssystems der KiTa-Datenbank

Der freie Träger nutzt das Verwaltungssystem der KiTa-Datenbank für den Bereich der Kindertagespflege eingeschränkt auf ihre Region.

Art und Zweck der Verarbeitung von Daten in der KiTa-Datenbank ist

- die Einsichtnahme in den Reiter Tagespflege einschließlich der in Kindertagespflege betreuten Kinder
- Anpassung folgender Daten einer Kindertagespflegeperson:
Profil Person:
 - Homepage
 - Datum des letzten Erste-Hilfe-Kurses

- Datum der letzten Fortbildung
- Besuchte Fortbildungen
- Im Haushalt lebende Personen
- Eigene Kinder im Haushalt
- Telefon, E-Mail (über die Anpassung dieser Daten ist der Kreis zu informieren)

Profil Betreuung:

(über die Anpassung dieser Daten ist der Kreis zu informieren.)

- Aufnahmealter
- Maximales Betreuungsalter
- Mögliche Betreuungsuhrzeit
- Betreuungstage
- Randzeitenbetreuung
- Weitere Angaben zu Betreuungszeiten
- Tagespflegestelle mit barrierefreiem Zugang
- Tagespflegestelle mit integrativen Plätzen

Ansprechpartner:

Eigenständige Eingabe und Anpassung (wenn die Vermittlung nicht direkt durch die Kindertagespflegeperson wahrgenommen wird)

3.11 Finanzierung

Zur Finanzierung der ihm übertragenen Aufgabe erhält der freie Träger für das jeweilige Los ein Budget pro Kalenderjahr in den folgend aufgeführten Höhen:

Los 1 - Region Nord:	2027	-	46.425,47 €
	2028	-	47.725,39 €
Los 2 - Region Ost:	2027	-	75.236,71 €
	2028	-	77.343,33 €
Los 3 - Region West:	2027	-	46.210,01 €
	2028	-	47.503,89 €
Los 4 - Region Süd:	2027	-	37.727,81 €
	2028	-	38.784,19 €

Eine Änderung des Budgets ist für die Dauer der Vertragslaufzeit ausgeschlossen. Die finanziellen Mittel sind wirtschaftlich und sparsam zu verwenden. Im Bereich der Personalwirtschaft sind Tarifierhöhungen durch eine Reduzierung des Personaleinsatzes

für die in diesem Vertrag vereinbarten Aufgaben auszugleichen, z.B. im Rahmen verkürzter Sprechzeiten, soweit nicht ein anderweitiger Ausgleich der Personalmehrkosten möglich ist.

Das Budget wird dem freien Träger vom Kreis in zwei gleichen Raten gezahlt. Die Raten werden zum 15. März und zum 15. September eines Jahres fällig.

In Jahren, in denen der freie Träger die Aufgabe nicht das gesamte Jahr über wahrnimmt, erhält der freie Träger für jeden angefangenen Monat seiner Tätigkeit 1/12 des Jahresbudgets.

Soweit der Kreis Segeberg Teile der Aufgabe aus vom freien Träger zu vertretenden Gründen wieder selbst wahrnehmen muss, sind die Vertragspartner berechtigt, das Budget des freien Trägers entsprechend zu kürzen.

Im Interesse der Gleichbehandlung aller Kindertagespflegeverhältnisse im Kreisgebiet darf der freie Träger für Beratung, Anerkennung und Vermittlung keine Entgelte verlangen.

3.12 Dokumentation

Der freie Träger überprüft die Vorlage folgender Nachweise der Kindertagespflegepersonen und Vertretungskräfte und dokumentiert diese, wenn möglich in der KiTa-Datenbank oder in anderer geeigneter Weise:

- Teilnahme an mind. einer Fortbildungsveranstaltung pro Jahr,
- Teilnahme an zwei „Tagespflegetreffs“ pro Jahr,
- Teilnahme an einem Austauschtreffen zum Thema Kinderschutz alle 2 Jahre,
- Nachweis über einen Erste-Hilfe-Kurs für Mitarbeiter*innen in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder im Umfang von neun Unterrichtseinheiten je 45 min. alle zwei Jahre,
- Nachweis über eine Folgebelehrung nach § 43 IfSG,
- Behördliches erweitertes Führungszeugnis gem. § 30 Abs. 5 + § 30a Abs. 1 BZRG (bei Betreuung im Haushalt der Kindertagespflegeperson oder Vertretungskraft zusätzlich von allen Haushaltsangehörigen ab Vollendung des 16. Lebensjahres)

Der freie Träger dokumentiert die nachgewiesenen Fortbildungen der Kindertagespflegepersonen und Vertretungskräfte und meldet dem Kreis Segeberg die Kindertagespflegepersonen und Vertretungspersonen, die im Kalenderjahr Fortbildungen von

mind. acht Zeitstunden besucht haben, die einen unmittelbaren Bezug zur pädagogischen Arbeit mit Kindern und zur Elternarbeit haben.

3.13 Auskunftspflicht / Zusammenarbeit

Der freie Träger verpflichtet sich zur kooperativen Zusammenarbeit mit dem Kreis Segeberg und den freien Trägern anderer Regionen. Die mit der Durchführung der übertragenen Aufgaben befassten Mitarbeiter*innen des freien Trägers sind über die unter 3.14 geforderten Nachweise der Verwendung hinaus auch mündlich gegenüber dem Kreis Segeberg auskunftspflichtig.

Es ist sicherzustellen, dass die übertragenen Aufgaben auch während Urlaubs- und Krankheitszeiten wahrgenommen werden. Zudem ist eine ausreichende telefonische Erreichbarkeit sicherzustellen.

Der freie Träger teilt dem Kreis Segeberg unverzüglich schriftlich mit, wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet wird.

3.14 Berichtswesen

Der freie Träger ist verpflichtet, einmal jährlich zum Stichtag 31.12. einen Zwischenbericht zum Umsetzungsstand zu erstellen und dem Kreis Segeberg bis zum 01.04. des darauffolgenden Jahres vorzulegen.

Der Zwischenbericht gliedert sich in zwei Abschnitte und besteht aus einem Sach- und einem Finanzbericht.

Der Sachbericht beinhaltet folgende Angaben zur Tätigkeit:

- Anzahl der Vermittlungen von Kindern in Kindertagespflegestellen nach Wohnsitzen geordnet,
- Anzahl der Prüfungen und Hausbesuche von Kindertagespflegestellen nach Betreuungsort geordnet,
- Anzahl der Prüfungen von Vertretungskräften nach Betreuungsort geordnet,
- Anzahl der Beratungen von Personen, die sich für eine Tätigkeit als Kindertagespflegeperson interessieren, nach Wohnsitzen geordnet,
- Anzahl der Beratungen von Eltern oder Personensorgeberechtigten nach Wohnsitzen geordnet,
- Anzahl der durchgeführten Tagespflegetreffs,
- Eingesetztes Personal für die Fachberatung (Qualifikation + Anteil einer Vollzeitstelle)
- besondere fachliche Vorkommnisse/Schwierigkeiten bei der Ausübung der Tätigkeit

Der Finanzbericht besteht aus einem zahlenmäßigen Nachweis über die Verwendung der Mittel.

Hinsichtlich Inhalt und Detaillierung des Berichts berücksichtigt der freie Träger die Wünsche des Kreises Segeberg.

Der freie Träger hat dem Kreis Segeberg auf Nachfrage jederzeit Auskunft über den aktuellen Stand seiner Arbeit und Daten, die für statistische Zwecke benötigt werden, zu erteilen.

3.15 Schutzauftrag gemäß § 8a SGB VIII

Allgemeine Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, Kinder und Jugendliche davor zu bewahren, dass sie in ihrer Entwicklung durch Missbrauch elterlicher Rechte oder eine Vernachlässigung Schaden erleiden. Kinder und Jugendliche sind vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen (§ 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII). § 8a SGB VIII konkretisiert diesen allgemeinen staatlichen Schutzauftrag als Aufgabe der Jugendämter, verdeutlicht die Beteiligung der freien Träger an dieser Aufgabe und beschreibt Verantwortlichkeiten der beteiligten Fachkräfte der Jugendhilfe.

Der Kreis Segeberg hat sowohl mit den Kindertagespflegepersonen und Vertretungskräften gem. § 8a Abs. 5 SGB VIII als auch mit dem freien Träger gem. § 8a Abs. 4 SGB VIII eine Vereinbarung zur Sicherung des Schutzauftrages für Kinder zu treffen.

Der freie Träger verpflichtet sich, mit diesem Vertrag eine entsprechende Vereinbarung mit dem Kreis Segeberg zu schließen. Die Vereinbarung mit den dazugehörigen Anlagen ist als Anlage 1 – 3 beigelegt.

3.16 Gender Mainstreaming

Bei der Durchführung der Aufgabe ist die Gleichstellung von Männern, Frauen und Diversen als durchgängiges Leitprinzip (Gender Mainstreaming) zu beachten. Alle schriftlichen Arbeiten sind in gendergerechter Sprache abzufassen.

3.17 Öffentlichkeitsarbeit

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die übertragenen Aufgaben sind mit dem Kreis Segeberg abzustimmen. Bei Unklarheiten ist vor der Veröffentlichung Rücksprache mit dem Kreis Segeberg zu halten. Veröffentlichungen sind dem Kreis Segeberg in geeigneter Form, z.B. im Rahmen des Zwischenberichts, zur Kenntnis zu geben.

Bei Vorstellung des geförderten Projektes in der Öffentlichkeit sowie bei Veröffentlichungen und Verlautbarungen aller Art (z.B. Presseerklärungen, Publikationen, Arbeitsmaterialien, Berichte, Ankündigungen, Einladungen) ist in geeigneter Form auf die Finanzierung durch den Kreis hinzuweisen.

3.18 Anforderungen an das Personal

Soweit sich die Beratung aus 3.06 auf pädagogische Aspekte der Kindertagespflege bezieht, ist sie von einer Person mit Mindestqualifikation Erzieher*in mit staatlicher Anerkennung durchzuführen. Ebenso ist die Prüfung der Eignung nach 3.03 + 3.05 von einer Person mit Mindestqualifikation Erzieher*in mit staatlicher Anerkennung durchzuführen.

Zur Wahrung der Vertraulichkeit gem. Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit. B, 29, 32 Abs. 4 DSGVO stellt der freie Träger bei der Durchführung der Arbeiten ausschließlich Beschäftigte ein, die auf die Vertraulichkeit verpflichtet und zuvor mit den für sie relevanten Bestimmungen zum Datenschutz vertraut gemacht wurden. Ein Muster einer Verpflichtungserklärung ist als Anlage 7 beigelegt.

Der freie Träger gewährleistet den Schutz von Kindern und Jugendlichen durch die ausschließliche Beschäftigung persönlich geeigneter Personen im Sinne des § 72a SGB VIII und verpflichtet sich, mit dem Vertrag eine entsprechende Vereinbarung mit dem Kreis Segeberg zu schließen. Die Vereinbarung mit der dazugehörigen Anlage ist als Anlage 4 + 5 beigelegt.

Der freie Träger hat sicherzustellen, dass das eingesetzte Personal hinreichend geschult wird, um die übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

3.19 Datenschutz allgemeine Bestimmungen

Der Vertrag gilt als Vertrag im Sinne des Art. 28 Abs. 3 DSGVO. In diesem Vertrag verwendete Begriffe, die in Art. 4, 9 und 10 DSGVO definiert werden, sind im Sinne dieser gesetzlichen Definition zu verstehen.

Der Landrat als Behörde des Kreises ist Verantwortlicher für die Datenverarbeitung im Sinne der DSGVO. Der freie Träger ist Auftragsverarbeiter im Sinne der DSGVO.

Die Bestimmungen nach 3.20 und 3.21 finden Anwendung auf alle Tätigkeiten, die mit diesem Vertrag in Zusammenhang stehen und bei der der freie Träger und seine Beschäftigten mit personenbezogenen Daten in Berührung kommen, die vom Kreis stammen oder für den Kreis erhoben wurden oder auf sonstige Weise in dessen Auftrag verarbeitet werden.

3.20 Datenschutz Hauptpflichten

Im Rahmen der Leistungsgewährung von jugendhilferechtlichen Maßnahmen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) erlangt der freie Träger der öffentlichen Jugendhilfe umfassende Kenntnisse über personenbezogene Daten und Sozialdaten von Klient*innen. Diese unterliegen gem. dem Sozialdatenschutz nach dem Zweiten Kapitel des SGB X einem besonderen Schutz, für den der freie Träger für seinen Bereich verantwortlich ist.

Der freie Träger verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarung und nach Weisung des Auftraggebers. Er verwendet die zur Datenverarbeitung überlassenen Daten für keine anderen Zwecke. Kopien oder Duplikate werden ohne Wissen des Kreises nicht erstellt. Hiervon ausgenommen sind Sicherheitskopien, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben aus diesem Vertrag erforderlich sind.

Er beachtet hierbei die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere Art. 28 bis 33 EU-DSGVO sowie die spezialgesetzlichen gem. § 61 ff. SGB VIII.

Diese Verpflichtung gilt auch für Sozialdaten und personenbezogene Daten, welche im Rahmen der Mitwirkung an Sitzungen von Gemeindeteams, kollegialen Beratungen oder Hilfeplanungen zur Kenntnis gelangen.

Die Weisungen des Kreises als Auftraggeber werden anfänglich durch diesen Vertrag festgelegt und können von diesem danach in schriftlicher Form oder in dokumentiertem elektronischen Format durch einzelne Weisungen geändert, ergänzt oder ersetzt werden (Einzelweisung). Der Kreis ist jederzeit zur Erteilung entsprechender Weisungen berechtigt. Dies umfasst Weisungen bezüglich der Verarbeitung von Daten wie die Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten. Die weisungsberechtigten Personen werden bei Vertragsabschluss benannt. Bei einem Wechsel oder einer längerfristigen Verhinderung der benannten Personen ist dem freien Träger unverzüglich der*die Nachfolger*in bzw. Vertreter*in in Textform zu benennen.

Der freie Träger informiert unverzüglich den Kreis, wenn er der Auffassung ist, dass eine Weisung gegen geltende datenschutzrechtliche Bestimmungen der EU oder der Mitgliedsstaaten verstößt.

Der freie Träger benennt gegenüber dem Kreis eine*n Datenschutzbeauftragte*n und deren*dessen Kontaktdaten zum Zwecke der direkten Kontaktaufnahme mit dem Kreis in Textform. Ein Wechsel in der Person des*der Datenschutzbeauftragten/Ansprechpartners*in für den Datenschutz ist dem Kreis unverzüglich in Textform mitzuteilen.

Der freie Träger klärt die betreuten Personen bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten gem. Art. 13 ff EU-DSGVO auf und informiert sie über Art und Umfang der Datenverarbeitung durch Bereitstellung der entsprechenden Datenschutzhinweise des Kreises.

Ist für eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen eine Übermittlung von personenbezogenen Daten erforderlich, so holt der freie Träger die notwendigen Einverständniserklärungen gem. Art. 6 Abs.1 Nr. 1 sowie Art. 7 + 8 EU-DSGVO sowie § 64 + 65 SGB VIII vor der Übermittlung der Daten ein und klärt die betreuten Personen ausreichend über die Freiwilligkeit der Einwilligung, die Folgen einer nicht gegebenen Einwilligung und die Modalitäten der Übermittlung auf.

3.21 Datenschutz Nebenpflichten

Der freie Träger verpflichtet sich, die Datenverarbeitung ausschließlich nur in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) oder in anderen Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum durchzuführen. Dies gilt insbesondere für die elektronische Datenverarbeitung. Jede Verlagerung der Datenverarbeitung oder von Teilen dieser in ein Drittland bedarf der vorherigen Zustimmung des Kreises und darf nur erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen der Art. 44 ff DSGVO erfüllt sind.

Der freie Träger und alle dem freien Träger unterstellten Personen, die Zugang zu personenbezogenen Daten haben, dürfen diese Daten ausschließlich entsprechend der Weisung des Kreises verarbeiten einschließlich der in diesem Vertrag eingeräumten Befugnisse, es sein denn, dass sie gesetzlich zur Verarbeitung verpflichtet sind.

Der freie Träger ist verpflichtet, die gesetzlichen Bestimmungen über den Datenschutz zu beachten und die aus dem Bereich des Kreises erlangten Informationen nicht an Dritte weiterzugeben oder deren Zugriff auszusetzen. Unterlagen und Daten sind gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte unter Berücksichtigung des Stands der Technik zu sichern.

Der freie Träger sichert im Bereich der auftragsgemäßen Verarbeitung von personenbezogenen Daten die vertragsgemäße Abwicklung aller vereinbarten Maßnahmen zu. Er sichert ferner zu, dass die verarbeiteten Daten von sonstigen Datenbeständen mandantenfähig getrennt werden und die Datenschutzvorschriften eingehalten werden.

Der freie Träger erklärt sich damit einverstanden, dass der Kreis jederzeit berechtigt ist, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz, insbesondere die Umsetzung der technischen und organisatorischen Maßnahmen, und der vertraglichen Vereinbarungen im erforderlichen Umfang zu kontrollieren.

Der freie Träger unterstützt den Kreis bei der Einhaltung der in den Artikeln 32 bis 36 der DSGVO genannten Pflichten zur Sicherheit personenbezogener Daten, Meldepflichten bei Datenpannen, Datenschutz-Folgeabschätzung und vorherigen Konsultationen.

Der freie Träger wird in seinem Verantwortungsbereich die innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird und gewährleistet, dass er alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zum angemessenen Schutz der Daten des Auftraggebers gem. Art. 32 DSGVO getroffen hat. Sofern auch besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, trifft der freie Träger zusätzlich die sich aus § 12 Abs. 2 u. 3 LDSG ergebenden angemessenen und spezifischen Maßnahmen. Der freie Träger legt auf Anforderung des Kreises die näheren Umstände der Festlegung und Umsetzung der Maßnahmen offen.

Eine Änderung der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen bleibt dem freien Träger vorbehalten, wobei er sicherstellt, dass das vertraglich vereinbarte Schutzniveau nicht unterschritten wird. Die Mindestanforderungen an die technischen und organisatorischen Maßnahmen ergeben sich aus Anlage 6 zu diesem Vertrag.

Über wesentliche Änderungen der Sicherheitsmaßnahmen hat der freie Träger den Kreis unverzüglich in Schriftform zu unterrichten.

Bei Störungen, Verdacht auf Datenschutzverletzungen oder Verletzungen vertraglicher Verpflichtungen des freien Trägers, Verdacht auf sicherheitsrelevante Vorfälle oder andere Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der personenbezogenen Daten durch den freien Träger, bei ihm im Rahmen des Auftrags beschäftigten Personen oder durch Dritte wird der freie Träger den Kreis unverzüglich in Schriftform oder dokumentiertem elektronischen Format informieren. Dasselbe gilt für Prüfungen des freien Trägers durch die Datenschutz-Aufsichtsbehörde. Die Meldung über eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten enthält soweit möglich folgende Informationen:

- eine Beschreibung der Art der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, soweit möglich mit Angabe der Kategorien und der Zahl der betroffenen Personen, der betroffenen Kategorien und der Zahl der betroffenen personenbezogenen Datensätze;
- eine Beschreibung der wahrscheinlichen Folgen der Verletzung und
- eine Beschreibung der vom freien Träger ergriffenen oder vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung der Verletzung und gegebenenfalls Maßnahmen zur Abmilderung ihrer möglichen nachteiligen Auswirkungen.

Der freie Träger trifft unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten und zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen der betroffenen Person(en), informiert hierüber den Kreis und ersucht diesen um weitere Weisungen.

An der Erstellung des Verarbeitungsverzeichnisses durch den Kreis sowie bei der Erstellung einer Datenschutz-Folgenabschätzung gemäß Art. 35 DSGVO und ggf. bei der vorherigen Konsultation der Aufsichtsbehörden gemäß Art. 36 DSGVO hat der freie Träger im angemessenen Umfang mitzuwirken. Er hat dem Kreis die jeweils erforderlichen Angaben in geeigneter Weise mitzuteilen.

Die Vergabe von Unterauftragsverhältnissen bedarf der vorherigen Genehmigung durch den Kreis (s.a. Art. 28 Abs. 2 EU-DSGVO).

Der freie Träger hat dafür Sorge zu tragen, dass die sich aus diesem Vertrag ergebenden Rechte und Pflichten auch für das Unterauftragsverhältnis in vollem Umfang gelten und die datenschutzrechtlichen Vorschriften uneingeschränkt eingehalten werden. Sofern eine Einbeziehung von Subunternehmern in einem Drittland erfolgen soll, hat der freie Träger sicherzustellen, dass beim jeweiligen Subunternehmer ein angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist (z. B. durch Abschluss einer

Vereinbarung auf Basis der EU-Standarddatenschutzklauseln). Der freie Träger wird dem Kreis auf Verlangen den Abschluss der vorgenannten Vereinbarungen mit seinen Subunternehmern nachweisen.

Ein Subunternehmerverhältnis im Sinne dieser Bestimmungen liegt nicht vor, wenn der freie Träger Dritte mit Dienstleistungen beauftragt, die als reine Nebenleistungen anzusehen sind. Dazu gehören z.B. Post-, Transport- und Versandleistungen, Reinigungsleistungen, Telekommunikationsleistungen ohne konkreten Bezug zu Leistungen, die der freie Träger für den Kreis erbringt und Bewachungsdienste. Wartungs- und Prüfleistungen stellen zustimmungspflichtige Subunternehmerverhältnisse dar, soweit diese für IT-Systeme erbracht werden, die auch im Zusammenhang mit der Erbringung von Leistungen für den Kreis genutzt werden.

Kommen die weiteren Subunternehmer ihren Datenschutzpflichten nicht nach, so haftet der freie Träger gegenüber dem Kreis für die Einhaltung der Pflichten der Subunternehmer.

Der freie Träger wird dem Kreis bei Beendigung des Auftragsverhältnisses oder jederzeit auf dessen Anforderung alle im Rahmen der Aufgabenerfüllung nach 3.01 gespeicherten Daten herausgeben oder – auf Wunsch des Kreises, sofern nicht nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Bundesrepublik Deutschland eine Verpflichtung zur Speicherung der personenbezogenen Daten besteht – nicht wiederherstellbar löschen. Dies betrifft auch etwaige Datensicherungen beim freien Träger. Der freie Träger hat den Nachweis der ordnungsgemäßen Löschung zu führen.

Der Kreis hat das Recht, die vollständige und vertragsgerechte Herausgabe bzw. Löschung der Daten beim freien Träger in geeigneter Weise zu kontrollieren bzw. durch einen sachkundigen Dritten prüfen zu lassen, sofern dieser nicht in einem Wettbewerbsverhältnis zum freien Träger steht.

3.22 Vertragslaufzeit / Kündigung

Der Vertrag wird für jedes Los für den Zeitraum vom 01.01.2027 bis 31.12.2028 abgeschlossen und endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Eine vorzeitige Kündigung ist nicht möglich. Davon unberührt bleibt das Recht jedes Vertragspartners zur Kündigung aus wichtigem Grund.

Soweit die Kindertagespflegestellen im Einzelfall zustimmen, übergibt der freie Träger unverzüglich nach Ablauf des Vertrages die bei ihm vorhandenen Daten über die Kindertagespflegestellen dem Kreis Segeberg. Weiterhin erstellt er innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf des Vertrages einen Abschlussbericht entsprechend dem Jahresbericht.

Der Kreis Segeberg kann den Vertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn ein schwerwiegender Verstoß des Trägers gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen, insbesondere der EU-DSGVO und des Sozialgeheimnisses nach SGB VIII und X, vorliegt, der Träger eine Weisung des Kreises nicht ausführen kann oder will oder der Träger den Zugriff des Kreises oder eines Prüforgans des Kreises vertragswidrig verweigert. Insbesondere die Nichteinhaltung der in diesem Vertrag vereinbarten und aus Art. 28 DSGVO abgeleiteten Pflichten stellt einen schweren Verstoß dar.

3.23 Haftung

Der freie Träger haftet dem Kreis Segeberg für Schäden, die er sowie seine Mitarbeiter*innen bei der Erbringung der vertraglichen Leistungen schuldhaft verursachen.

Der freie Träger und der Kreis Segeberg haften gegenüber betroffenen Personen entsprechend der in Art. 82 DSGVO getroffenen Regelung. Der freie Träger stimmt eine etwaige Erfüllung von Haftungsansprüchen mit dem Kreis ab.

Der freie Träger stellt den Kreis Segeberg auf erstes Anfordern von sämtlichen Ansprüchen frei, die betroffene Personen gegen den Kreis Segeberg wegen der Verletzung einer dem freien Träger durch die DSGVO auferlegten Pflicht oder der Nichtbeachtung oder Verletzung einer vom Kreis in diesem Vertrag oder einer gesondert erteilten Anweisung geltend machen.

Die Parteien stellen sich jeweils von der Haftung frei, wenn / soweit eine Partei nachweist, dass sie in keinerlei Hinsicht für den Umstand, durch den der Schaden bei einer betroffenen Person eingetreten ist, verantwortlich ist. Im Übrigen gilt Art. 82 Absatz 5 DSGVO.

3.24 Prüfungsrecht

Den Prüfern der Kreisverwaltung Segeberg sowie des Landes Schleswig-Holstein ist für Prüfungszwecke Zugang zu den Daten zu gewähren. Dabei gewährt ihm der Träger

die erforderliche Unterstützung und erklärt sich mit örtlichen Prüfungen einverstanden. Diese Prüfrechte gelten darüber hinaus auch für das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein (ULD).

3.25 Schlussbestimmungen

Ergänzungen und Änderungen dieses Vertrages werden nur wirksam, wenn sie von den Parteien schriftlich vorgenommen werden.

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise rechtswirksam sein, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmungen tritt rückwirkend eine inhaltlich möglichst gleiche Regelung, die dem Zweck der gewollten am Nächsten kommt.

3.26 Anlagen des Vertrages

Folgende Anlagen sind Bestandteil des Vertrages:

- Trägervereinbarung gemäß § 8a SGB VIII – Anlage 1 –
- Anlage 1 zur Trägervereinbarung nach § 8a Abs. 4 SGB VIII – Anlage 2
- Anlage 2 zur Trägervereinbarung nach § 8a Abs. 4 SGB VIII – Anlage 3 –
- Trägervereinbarung gemäß § 72a SGB VIII – Anlage 4 –
- Anlage zur Trägervereinbarung nach § 72a SGB VIII – Anlage 5 –
- Anlage Mindestanforderungen an die technischen und organisatorischen Maßnahmen – Anlage 6
- Muster-Verpflichtungserklärung zur Vertraulichkeit und zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der DSGVO – Anlage 7